

# Was haben Politik und Informatik miteinander zu tun?

von Matthias Stürmer

**D**ie zusammengefasste Reaktion des Berner Regierungsrats auf einen Vorstoss von Marc Jost, EVP-Grossrat des Kantons Bern war deutlich: «Weshalb sollen sich Politiker mit Informatikfragen beschäftigen? Dies ist doch ein gänzlich technisches Problem, das einer operativen Lösung bedarf. Mit strategischen oder gar politischen Themen hat dies nichts zu tun!»

Selbstverständlich benötigen die Einführung und das Management von Informatiklösungen in komplexen Organisationen wie der öffentlichen Verwaltung das Wissen und die Erfahrung von IT-Profis. Dabei müssen die Anforderungen analysiert, mögliche Software-Lösungen evaluiert und schliesslich das wirtschaftlich günstigste Angebot ausgewählt werden.

Allerdings zeigen viele Beispiele, dass Informatik-Entscheide neben der kurzfristigen Problemlösung auch schwerwiegende und langfristige Auswirkungen nach sich ziehen. Es stellt geradezu das Geschäftsmodell der traditionellen Softwarebranche dar, durch Schaffung von Abhängigkeiten, langfristig Gewinne erzielen zu können. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht macht dies auch Sinn, durch Kundenbindung Erfolg zu erzielen – dies entspricht der Lehre, wie sie an den Hochschulen täglich unterrichtet wird.

Nichtsdestotrotz sind Informatikbezüger an möglichst viel Freiheit und Nachhaltigkeit ihrer Investitionen interessiert, sodass sie sich heutzutage emanzipiert haben und bewusster Software beschaffen sollten, als noch vor zehn Jahren. Ohne Frage hat der Open Source Markt auch grosse Fortschritte gemacht und kann sich in gewissen Bereichen, wie zum Beispiel der Benutzerfreundlichkeit, weiter verbessern. Was vor einigen Jahren erst halbfertige Alternativen von IT-Freaks zu Closed Source Lösungen darstellte, sind heute ebenbürtige Open Source Applikationen und Plattformen, die auf gleicher Augenhöhe agieren. Bei gewissen Software Kategorien wie Web-Server, Content Management Systemen oder Office Produkten macht es 2010 geradezu keinen Sinn mehr, Geld dafür auszugeben – Open Source Alternativen sind mindestens so gut, wenn nicht besser, als

ihre proprietären Pendanten. Und auch punkto Business Support durch etablierte Software-Dienstleister, haben sich einige erfolgreiche Geschäftsmodelle mittels Open Source Software etabliert.

Dennoch scheint in gewissen Organisationen das Potential von Open Source Software noch gar nicht oder viel zu wenig genutzt zu werden. Während inzwischen in der Privatwirtschaft, wie beispielsweise bei der Mobiliar Versicherung oder bei Manor, systematisch Open Source eingesetzt wird und Kantone wie Zug, Solothurn, Waadt oder Genf an strategischen Stellen Open Source Lösungen planen oder eingeführt haben, hat die Bundesverwaltung diese Chance bis heute verpasst. Vereinzelt Bundesämter, wie die swisstopo, wenden aufgrund von Eigeninitiative zahlreiche offene Technologien an, aber die aktuelle Klage von Open Source Dienstleistern beim Bundesverwaltungsgericht zeigt, dass leider der Bund noch viel aufzuholen hat.

In solchen Fällen muss politischer Druck aufgebaut werden. In diesem Zusammenhang hat die im 2009 gegründete parlamentarische Gruppe «Digitale Nachhaltigkeit» eine wichtige Aufgabe. Wo die überparteiliche Vereinigung heute steht und was die künftigen Tätigkeiten sind, stellen die Nationalräte Edith Graf-Litscher und Christian Wasserfallen im Rahmen ihres OpenExpo-Auftritts an der Topsoft vor. Die weiteren in diesem Kommentar angeschnittenen Themen und Aussagen werden ebenfalls im Rahmen der OpenExpo-Konferenz am 24. und 25. März 2010 von kompetenten Rednern erläutert.



**Matthias Stürmer**  
ist Projektleiter Liip AG und  
Sekretär der parlamentarischen  
Gruppe Digitale Nachhaltigkeit